

AUSSENPOLITIK

BRD

(1) Amtsantritt des ersten Botschafters der Bundesrepublik Deutschland

Der erste Botschafter der BRD, Rolf Pauls, traf am 16.4.1973 mit der Bahn in Peking ein (NCNA, 16.4.). Am 18.4. sprach er beim chinesischen Außenminister Chi P'eng-fei vor und beriet sich mit ihm über die Formalitäten der Überreichung des Beglaubigungsschreibens (Radio Peking, deutsch, 18.4.73).

Von dem sich anschließenden Besuch beim Amtierenden Präsidenten berichtete Hsinhua: "Rolf Pauls, der 1. Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in China, überreichte Donnerstag vormittag dem Amtierenden Präsidenten der VRCh, Tung Pi-wu, sein Beglaubigungsschreiben. Anwesend waren: Gesandter Heinrich Röhreke, die Botschaftsräte H. A. Steger und Ulrich Meyer sowie andere Vertreter der BRD-Botschaft. Ebenfalls anwesend waren Vizeaußenminister Ch'iao Kuan-hua, der Direktor der Westeuropa-Abteilung des Außenministeriums, Wang Tung, und der Stellvertretende Protokoll-Chef, Chu Chuan-hsien" (NCNA, 19.4.73).

Pauls benutzte die Gelegenheit des Empfangs beim Amtierenden Staatsoberhaupt dazu, seinem Gastgeber die deutsche Außenpolitik zu erläutern und auch das Verhältnis Bonns zur Sowjetunion darzustellen. Wenige Stunden später traf Pauls auch mit dem chinesischen Ministerpräsidenten Chou En-lai in der "Großen Halle des Volkes" anlässlich eines Gala-Banketts für den mexikanischen Staatspräsidenten Louis Echeverria zusammen.

Am 22. April wurde er von Chou En-lai nochmals zu einer "freundlichen Unterredung" empfangen (NCNA, 22.4.73). Pauls wurde hierbei vom Regierungschef über die Grundlinien der chinesischen Außenpolitik informiert. Innerhalb kürzester Zeit hatte der deutsche Botschafter damit Gelegenheit, mit den wichtigsten Baumeistern der chinesischen Außenpolitik Bekanntschaft zu schließen. Diese zeremonielle Dichte läßt darauf schließen, daß Peking an der weiteren Verbesserung der Beziehungen zur Bundesrepublik erhebliches Interesse hat.

Derzeit umfaßt die Botschaft in Peking 20 Personen einschl. des Missionschefs und der beiden chinesischen Mitarbeiter. Noch im Laufe dieses Jahres sollen vier bis fünf weitere Diplomaten nach Peking reisen. Am Ende der Aufbauphase wird sich die gegenwärtige Personalstärke verdreifacht haben. Insgesamt 64 Stellen hat der Bundestagshaushaltsausschuß bewilligt, davon 12 für den Höheren und 8 für den Gehobenen Dienst.

Pekings "Betreuungsamt" hat sich mit den Westdeutschen Mühe gegeben und ihnen schon bald einen vergleichsweise repräsentativen Neubau im Diplomatenviertel San-li-tun Nr. 39 angeboten. In dem Bau soll neben der Kanzlei und den Amträumen auch die Wohnung des Botschafters untergebracht werden (Spiegel, 23.4.73).

Schon wenige Tage nach seiner Ankunft mußte der neue Botschafter für einige Tage Peking verlassen, um an der am 27. April beginnenden deutschen Botschafter-Konferenz in Djakarta teilzunehmen, bei der Außenminister Scheel den Vorsitz führte. (Höhepunkt dieser Konferenz war ein Bericht des Botschafters Gerd Berendonck, Leiter des Südostasienreferats des Auswärtigen Amts, über seine Reise nach Hanoi).

Pauls wird nach seiner Rückkehr an der Frühjahrsreise des diplomatischen Korps in die Mandschurei teilnehmen.

Wang Yü-t'ien, der für Bonn designierte Botschafter, der z. Zt. noch erkrankt ist, befindet sich auf dem Weg zur Besserung und wird wohl bald sein Amt in Bonn antreten können.

(2) Deutscher aus der Haft entlassen

Nachdem die Chinesen bereits drei Amerikaner und drei britische Staatsbürger freigelassen haben, die während der Kulturrevolution in Haft genommen worden waren, ist nun auch der einzige Deutsche, der seit dem 17.11.1967 in der VRCh festgehalten wurde, auf freiem Fuß. Trutz Ritter von Xylander, 38, hatte als Ausrüstungsinspektor für die Frankfurter Firma Lurgi gearbeitet, die in Lanchow, Kansu, an dem Aufbau eines petrochemischen Komplexes beteiligt war. Nach einer langen Untersuchungshaft war Xylander im Oktober 1969 unter der Anklage, Spionage für den amerikanischen Geheimdienst CIA getrieben zu haben, zu einer zehnjährigen Gefängnisstrafe verurteilt worden. Erst nach Bemühungen der Bundesregierung um einen Gnadenerweis und die Wiederaufnahme dieses Themas durch Außenminister Scheel in Peking hatten die Chinesen zugesagt, den Fall wohlwollend zu prüfen. Der Chef der Europa-Abteilung, Wang Tung, teilte am 11.4.73 dem deutschen Gesandten in Peking, Röhreke, mit, Xylander werde wegen guter Führung vorzeitig freigelassen, da er sein Unrecht, für die CIA gearbeitet zu haben, einsehe. Der Westdeutsche erklärte dagegen in Hong Kong, er sei kein Spion, habe aber die Entlassungspapiere unterzeichnen müssen. Die Chinesen stellten noch einmal fest, Xylander habe vor seiner Entsendung nach China den Auftrag vom CIA angenommen, geheime Nachrichten über China zu sammeln. Er habe heimlich Photographien von verbotenen Geländen gemacht, Informationen über militärische, politische und wirtschaftliche Angelegenheiten sowie über die Kulturrevolution gesammelt (FAZ, 12.4.73; IHT, 12.4.73).

Xylander berichtete über seine Arbeit (Spiegel, 16.4.73), daß man beim Aufbau der petrochemischen Anlagen zur Herstellung von synthetischen Fasern in Lanchow unter strenger Aufsicht der Chinesen gestanden habe. Ein genau beaufsichtigter Bus sei zwischen dem Hotel und dem Industriegelände hin- und herpendelt. Nur für 800 m zwischen Baubüro und Baustelle hätten die Lurgi-Arbeiter eigene Fahrräder benutzen können. Sonst sei jeder Ausländer ständig von einem Dolmetscher begleitet gewesen.

(3) Strauß für Teilnahme Chinas an Sicherheitskonferenz

Der CSU-Vorsitzende Franz-Joseph Strauß hat sich für die Teilnahme der VRCh an der Konferenz für Sicherheit in Europa ausgesprochen. Die "multipolare Konstellation der Welt" könne,

wie Strauß in der französischen Zeitschrift "Le Monde Moderne" ausführte, ohne China nicht Wirklichkeit werden. Europa stehe am Scheideweg zwischen der Grundidee der Vereinigten Staaten Europas und der großrussischen Konzeption einer gesamteuropäischen Zusammenarbeit, bei der die Orientierung nach Moskaus strategischen Interessen untrennbar verbunden wäre mit einer Absage an die westeuropäische Einigung (Die Welt, 19.4.73).

Ein solcher Kommentar muß Musik in Pekings Ohren sein. Ohnehin befürchtet China, daß eine europäische Sicherheitskonferenz zu einer "Unsicherheitskonferenz" werden könnte. Da hierbei von den beiden Supermächten die Aufteilung Europas in zwei große Interessensphären endgültig fixiert werden könnte (Pekings Stellungnahme zur Europäischen Sicherheitskonferenz ist wörtlich abgedruckt in C.a. 72/11 - Ü35). Seiner Interessenlage zufolge würde Peking wahrscheinlich ohne Zögern der Einladung zu einer solchen Konferenz folgen. Freilich wird die Sowjetunion dafür sorgen, daß es nicht einmal zu Ansätzen einer solchen Einladung kommt.

(4) Peking zum SPD-Parteitag

Die Verankerung Europas im Atlantischen Bündnis und Wachsamkeit vor der sowjetischen Bedrohung sind für Peking das Fazit des SPD-Parteitages, wie die chinesische Nachrichtenagentur meldet (15.4.73). Hsinhua zitiert Bundeskanzler Brandt, der das Atlantische Bündnis zusammen mit der EWG als solide Grundlage für die westdeutsche Außenpolitik bezeichnet hatte, wobei ohne die Präsenz Amerikas das Problem der europäischen Sicherheit nicht realistisch behandelt werden könne. Ein weiteres Brandt-Zitat belegt den chinesischen Standpunkt, daß sich die USA einem unabhängigeren und selbstbewußteren Europa gegenüber sehe, das nicht mehr nur ein bloßes Objekt der Weltpolitik und der Supermächte sei. Zitate von Verteidigungsminister Leber belegen aus chinesischer Perspektive, daß man bei aller ernsthafter Bereitschaft zur Entspannung und zum Abbau der Konfrontation seine Augen nicht davor verschließen dürfe, was in der Welt tatsächlich geschehe. Schließlich habe die Sowjetunion seit Beginn der Konferenz für europäische Sicherheit in den letzten 6 Monaten die Arsenal der DDR und anderer Ostblockländer mit zahlreichen zusätzlichen Waffen gefüllt. Allein die Anzahl der zusätzlich dorthin geschafften Panzer spreche der Gesamtzahl der Tanks, die in den westlichen Ländern Mitteleuropas bereitstehen. Fazit: Westdeutschland sollte keine so einseitigen Konzessionen wie die Reduzierung der nationalen Verteidigungskräfte machen (NCNA, 15.4.73).

WESTEUROPA

(5) Frankreich: Chinesisch in Orly

Die nach der Landung von allen Reisenden auszufüllenden Formulare über Person und Herkunft sind auf dem Pariser Flughafen von nun an nicht nur französisch und englisch gehalten, sondern auch in Chinesisch. Diese Neuerung erfolgte im Rahmen der Verbesserung der französisch-chinesischen Beziehungen sowie in Erfüllung des entsprechenden Wunsches, den die chinesische Botschaft in Paris "mit großer Höflichkeit" vorgebracht hatte (FAZ, 26.4.73).

(6) Griechenlands Vizepremier nach China

Griechische Zeitungen haben darauf hingewiesen, daß zwischen den sowjetischen und chinesischen Diplomaten eine Art Wettbewerb um die Gunst der Athener Machthaber eingesetzt habe. Der Stellvertretende Premierminister Makarezos stattete der VRCh vom 20. - 26.5. einen offiziellen Besuch ab. Verhandlungen sollen geführt werden über ein Handelsabkommen, ein Luftverkehrsabkommen, das die bereits vereinbarten Beziehungen erweitert, und ein Schiffsabkommen (FAZ, 12.4.73).

SOWJETUNION UND OSTEUROPA

(7) Anhaltende Polemik der UdSSR und Osteuropas gegen die VRCh

Im Propaganda-Krieg zwischen der Sowjetunion und China kommt einem Kommentar in der "Sowjetskaja Rossija" ein besonderer Platz zu. Leonid Samjatin, Generaldirektor der Nachrichtenagentur TASS, beklagt den antisowjetischen Strom von Artikeln aus Peking und kritisiert besonders die chinesische Europa-Politik. Peking sei heute bereit, "prinzipienlose Bündnisse mit allen möglichen, auch den reaktionärsten Kräften" einzugehen, sei erbittertster Gegner der Verträge der Sowjetunion und Polens mit der BRD und teile damit die Haltung der rechtsgerichteten Gruppe um Strauß. Die VRCh habe eine unüberhörbar negative Einstellung gegenüber einer gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz, wende sich gegen Truppenreduzierung und unterstütze als Befürworter aggressiver Blöcke die Kräfte des Militarismus und Revanchismus. Pekinger Führer seien damit Verfechter eines "Europas der Konflikte" (TASS, 12.4.73; FAZ, 13.4.73).

Stimmen aus der Tschechoslowakei und Ungarn stellen auf dem Gebiet der Europa-Politik ebenfalls die chinesische Führung neben CDU/CSU-Führer.

Neben tschechischen Angriffen auf die chinesische Innenpolitik verurteilt vor allem die ungarische Presse die internationale Politik Pekings (MTI, 10.4.73). Auf Vietnam eingehend, halten ungarische Zeitungen fest, daß Peking seinen Einfluß in Vietnam verstärken wolle, sobald sich der sowjetische Einfluß mit dem Abflauen oder der Einstellung der militärischen Auseinandersetzung vermindere. Das sei für Peking wünschenswert und für die amerikanische Politik "das geringere von zwei Übeln". Das ungarische Fazit: Die Reihen der sozialistischen Länder und der internationalen kommunistischen Bewegung müßten gegen alle Spaltungsversuche noch enger geschlossen werden. "So wie die rüden Angriffe der Kulturrevolution ihr Ziel verfehlten, so müssen wir die chinesische Politik des Lächelns zum Scheitern bringen".

(8) Moskau erneut zum Grenzkonflikt

Als Antwort auf die in Hung-ch'i erschienene Artikelserie "Lesen wir ein wenig in der Weltgeschichte" (z. B. HCh 72, Nr. 4, S. 11) hat die sowjetische Monatszeitschrift "Internationales Leben", das Sprachrohr des sowjetischen Außenministeriums, eine mehrseitige Gegendarstellung gebracht. Kern des Artikels ist der sowjetische Standpunkt, daß es kein territoriales Problem zwischen der Sowjetunion und der VRCh gebe. Die Verträge über die chinesisch-sowjetische Grenze seien keineswegs

ungleich; um Pekings Standpunkt zu widerlegen, daß die sowjetische Regierung selbst alle mit China geschlossenen Verträge, darunter auch diejenigen über die Grenze, als ungleich bezeichnet und annulliert habe, muß der sowjetische Autor Nikolajew weit ausholen. Lenin habe die Eroberungspolitik der europäischen Regierungen und der russischen Autokratie in China verurteilt. Die Verträge über die russisch-chinesische Grenze gehörten aber einer erheblich früheren Periode an. Peking verwirre den historischen Zusammenhang. Nach der Oktober-Revolution habe die Sowjetregierung lediglich auf die russischen Einflusssphären in China, auf die Exterritorialitätsrechte und die Konsulargerichte, auf die Folterreien und die Privilegien der russischen Kaufleute verzichtet. Die Grenze und die darüber bestehenden Verträge dagegen seien mit keinem Wort erwähnt worden (NZZ, 12.4.73).

(9) Besseres Verhältnis zu Jugoslawien

Engere politische und wirtschaftliche Beziehungen zwischen der VRCh und Jugoslawien sind bereits seit längerem zu verzeichnen. Handelsbeziehungen weiteten sich beispielsweise von nur 7 Mio. US-Dollar 1971 bis zur 100-Mio-Grenze im Vorjahr aus. Die Sowjetunion hat gegen solche Beziehungen, besonders im Zusammenhang einer neuen "Balkan-Achse" zwischen Bukarest, Belgrad und Tirana, polemisiert. Symbolhaft für den Stand der gegenwärtigen Beziehungen hat der scheidende Botschafter der VRCh in Jugoslawien, Tseng T'ao, bei seinem Abschiedsbesuch den Orden des Jugoslawischen Banners am Band wegen seiner persönlichen Verdienste um die Förderung und Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der VRCh und Jugoslawien erhalten (Tanjug, 11.4.73). Die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Nachrichtenwesens wurde durch einen Besuch des Cefredakteurs der jugoslawischen Nachrichtenagentur Tanjug, T. Olić, verstärkt, der mit dem Direktor der Agentur Hsinhua, Chu Mu-chih, und Vizeaußenminister Yü Chan konferierte (NCNA, 11.4.73). Zur atmosphärischen Verbesserung gehört auch die Eröffnung des ersten chinesischen Restaurants in Jugoslawien am 4.4.73 in Sarajevo (NCNA, 4.4.73).

(10) Gesellschaft für rumänisch-chinesische Freundschaft gegründet

Am 17.4.73 fand in Bukarest die vom "Institut für Kulturelle Beziehungen mit anderen Ländern" organisierte feierliche Gründungsversammlung der "Gesellschaft für rumänisch-chinesische Freundschaft" statt (AGA Press, englisch, 17.4.73).

Freundschaftsvereinigungen mit sozialistischen Ländern bestehen bisher nur in Albanien, Chile, Kuba, Nordkorea, Mongolische Volksrepublik, Polen, Sowjetunion und Nordvietnam. Allerdings sind die meisten dieser Vereinigungen, vor allem die in der Sowjetunion, nur noch Fassade. Zu weiteren Freundschaftsvereinigungen vgl. Tabelle 9 in C.a. 72/11.

(11) Peking stellt sich vor die Tschechoslowakei

Nach dem Grundsatz einer gestuften Politik gegenüber der Sowjetunion und den anderen osteuropäischen Ländern hat die chinesische Nachrichtenagentur zu den sowjetisch-tschechoslowakischen Wirtschaftsbeziehungen Stellung bezogen (NCNA, 4.4.73). In dem sorgfältig dokumentierten

Artikel wird der Sowjetunion wirtschaftliche Kontrolle und nationaler Egoismus vorgeworfen. Die Erklärung des sowjetischen Botschafters in Prag, Semjonow, worin die Tschechoslowakei offen aufgefordert wird, ihren Inlandmarkt für sowjetische Maschinen und Ausrüstungen zu öffnen und die industriellen Vorhaben mit den sowjetischen Bedürfnissen zu koordinieren, sei ein Beweis für die Machenschaften des revisionistischen Sozial-Imperialismus gegenüber einigen osteuropäischen Mitgliedstaaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe. Ganz im Gleichtakt mit der gewandelten chinesischen Einstellung gegenüber dem Gemeinsamen Markt wird die Absicht der Sowjetunion kritisiert, engere Wirtschaftsbindungen der Tschechoslowakei an Westeuropa zu verhindern. Der Anteil der Länder des Gemeinsamen Marktes am Gesamtvolumen des Außenhandels der Tschechoslowakei sei von etwas über 7 % (1965) auf 11 % im Jahre 1971 angestiegen, während der Handel mit der Sowjetunion im gleichen Zeitraum von 37 auf 33 % zurückgegangen sei. Hsinhua attackiert die UdSSR, sie hindere die Tschechoslowakei daran, Erzeugnisse aus dem Westen zu kaufen und sich für die Einfuhr von Maschinen und Ausrüstungen aus kapitalistischen Ländern zu interessieren, ohne viel Einsatz für die Einfuhren aus der Sowjetunion zu zeigen. Die Sowjetunion versuche, die Tschechoslowakei von Brennstoff- und Rohstofflieferungen abhängig zu machen. Ihrerseits habe aber die Sowjetunion das Importvolumen aus 11 westlichen Ländern im Zeitraum von 1964 bis 1971 um über 61 % gesteigert, wobei es sich bei den meisten importierten Erzeugnissen um Maschinen und Ausrüstungen handle.

Dieser neue chinesische Stil genauer Dokumentation antisowjetischer Beiträge endet mit gewohnter Ironie. Die Sowjetunion befolge das Sprichwort: Der Obrigkeit ist das Niederbrennen von Häusern erlaubt, während das gemeine Volk nicht einmal Lampen anzünden dürfe.

NORDAMERIKA

(12) Chinesisches Verbindungsbüro in den USA

Unter der Leitung des bisherigen Protokoll-Chefs im Peking-Auswärtigen Amt, Han Hsü, flog am 15.4.73 das "Vorkommando" des ersten chinesischen Verbindungsbüros in den USA nach Washington. Han Hsü wird der Stellvertretende Leiter des Büros in Washington sein (NCNA, 15.4.73).

Han Hsü wird begleitet vom früheren Leiter der Abteilung für Amerika-Fragen, Chien Ta-jung, und vom Chefdolmetscher und Vertrauten des Ministerpräsidenten Chou En-lai, Chi Cho-chu.

(13) USA-Krisen

Als wollte Peking seine immer engeren Verbindungen mit den USA durch eine Negativ-Bilanz wieder wettmachen, erscheinen gerade in den letzten Wochen immer häufiger Berichte über die Krisen der "Vereinigten Staaten" (Der Ausdruck "US-Imperialismus" wird in diesem Zusammenhang kaum noch erwähnt!). Es erschienen z. B. Artikel mit der Überschrift "USA: Arbeitslosenrate: 5,6 %" (PRU 73, Nr. 3, S. 19); "Die Wirtschaft der USA: Rekordhöhe des Handelsbilanz-Defizits" (PRU 73, Nr. 6, S. 17 - 19); "Vereinigte Staaten: Wachsende Energie-Krise" (PRU 73, Nr. 12, S. 14 f.); "Euro-Dollar und

die Dollar-Krise" (PRu 73, Nr. 11, S. 11 - 13); "Zehn Dollar-Krisen" (PRu 73, Nr. 11, S. 14).

Im Gegensatz zu früheren Krisenvoraussagen ist bei den hier erwähnten Artikeln bemerkenswert, daß die Argumentation sich einer streng sachlichen Diktion bedient und um Verifizierung sämtlicher Behauptungen durch reiches Zahlenmaterial bemüht ist.

NAHOST

(14) Ägypten: Interviewaussagen Chou En-lais

Die in C.a. schon mehrfach referierte Nahost-Analyse der Chinesen (C.a. 73/2 - Ü17 und 73/3 - Ü26) wurde in dem ausführlichen Interview, das Chou En-lai dem Chefredakteur von Al Ahram, Haikal, gewährte, erneut bestätigt. Chou räumt darin ein, daß sich China bisher zu wenig mit der Mittelost-Frage beschäftigt habe. Eines seiner Leitmotive ist, daß "wir weit entfernt und die Russen nahe sind". Allerdings solle man den Russen unter keinen Umständen trauen: "Wir Chinesen hätten uns nie vorstellen können, daß der Staat, in dem Lenin geboren wurde, Waffen an jene verkaufen würde, die kämpfen, um ihre Freiheit zu verteidigen". Chou spricht in diesem Zusammenhang vom sowjetischen Shylock, der seinem Schuldiger ein Pfund lebendiges Fleisch aus der Brust schneiden wollte, und fügte hinzu: "Wir wissen auf jeden Fall, was ihr von den Russen zu erleiden habt, denn wir haben zwischen 1953 und 1963 die gleichen Schwierigkeiten durchgemacht".

Wenn man die Nahost-Frage lösen wolle, dürfe man sich weder auf die Amerikaner, noch auf die Russen verlassen. Wichtig sei vor allem die Selbsthilfe. Man müsse eine "innere Front" aufbauen und den Kampfgeist der Zivilbevölkerung pflegen. Zwei Dinge seien nach der Erfahrung Chinas wichtig: Man sollte Gräben anlegen, so daß die Massen das Gefühl hätten, sie besäßen Zufluchtstätten; und man solle Lebensmittel aufspeichern, besonders Weizen. Diese Aufforderung zur Selbsthilfe zeigt, daß die Chinesen nicht daran denken, den Arabern massiv nach Art der Russen zu Hilfe zu kommen. Die Araber, eingeklemmt zwischen Russen und Amerikanern und zum Zustand des "weder Krieg noch Friedens" verurteilt, sollen "tief nachdenken" und in der nächsten oder übernächsten Generation ihre eigene Befreiungsstrategie und ihre eigene Form des Volkskrieges entwickeln.

Chou En-lai hatte noch einige weitere antisowjetische Pfeile im Köcher. U.a. gab er einige Einblicke in die sowjetische Haltung angesichts der Suez-Krise von 1956. Die Russen hätten damals die Ägypter nur deshalb so entschlossen unterstützt, weil sie bereits gewußt hätten, daß die Amerikaner die Kastanien aus dem Feuer holen und die Engländer und die Franzosen zum Rückzug aus der Kanalzone zwingen würden. Chruchtschow habe dies Mao erzählt, "Als er wieder einmal ein Glas zuviel getrunken hatte". Er habe gesagt: "Wir Russen nahmen in der Suez-Krise kein Risiko auf uns; wir wußten genau, daß die Vereinigten Staaten Frankreich und Großbritannien zum Rückzug zwingen würden". Die Hauptsache sei es in dieser Situation gewesen, daß das ägyptische Volk zu

Abdel Nasser hielt. Hätte Nasser sich nicht auf die breiten Volksmassen stützen können, so hätte auch der Gegensatz zwischen Washington einerseits und Paris sowie London andererseits seine Bedeutung verloren. Wie treulos die Russen sein könnten, sei vor allem beim Sturz Sihanouks deutlich geworden: In Moskau habe man ihm einerseits die Information über den Staatsstreich vorenthalten, durch den er abgesetzt wurde, und andererseits habe man ihm auch nicht im geringsten geholfen. Die Ägypter mögen daraus ihre Lehre ziehen (nach NZZ, 29.3.73).

(15) Ägyptische Militär-Delegation in China

Zum erstenmal hat eine ägyptische Militär-Delegation unter der Leitung des Generalstabschefs al-Shazly nach Angaben aus Kairo eine Woche lang Anfang April China besucht (NZZ, 9.4.73).

Vor dem Besuch der Militär-Delegation hatte sich bereits der ägyptische Außenminister Zayat im März in Peking aufgehalten. Noch vor Zayat hatte der Chefredakteur von Al Ahram, Haikal, China besucht und eine Apotheose auf das Land gesungen (C.a. 73/3 - Ü27).

Möglicherweise hat Peking den Ägyptern Waffenlieferungen in Aussicht gestellt. Dies könnte bedeutsam werden, falls Ägypten seinen harten Kurs gegenüber Israel in Zukunft nach dem vietnamesischen Muster des Guerilla- und Sabotagekrieges flankieren würde. Obwohl Waffen seit dem sowjetischen Hinauswurf schon seit einiger Zeit auch wieder aus sowjetischen Quellen nach Ägypten zu fließen beginnen, wäre mit der chinesischen Unterstützung doch ein neues Stadium der ägyptisch-israelischen Auseinandersetzungen erreicht.

(16) Kritik an Judenauswanderung nach Israel

Radio Peking hat sich gegen die Auswanderung sowjetischer Juden nach Israel gewandt. Da die Einbehaltung von Ausreisegeldern eingestellt worden ist, bezeichnet der Sender diese neue Maßnahme als ein Ergebnis des Kuhhandels mit dem US-Imperialismus. Namentlich wird der sowjetische Journalist Victor Louis angegriffen, der diese Maßnahmen in der Presse halboffiziell lanciert hat. Louis, "Geheimagent des Kremls", hatte u.a. auch eine inoffizielle Mission nach Taipei unternommen (Radio Peking, 1.4.73) (zur Israel-Entschließung des UNO-Sicherheitsrates s. Internationale Organisationen).

ASIEN

(17) Pekinger Vertretung in Hong Kong

In Hong Kong mehren sich die Hinweise, daß die VRCh eine offizielle Mission in der britischen Kronkolonie eröffnen wird (Times, 14.4.73).

Britische Diplomaten haben angedeutet, daß China bereits mehrere Male seit 1956 um eine offizielle Repräsentation in Hong Kong nachgesucht habe, besonders in den letzten zwei Jahren. Auch das Gebäude für diese Pekinger Vertretung ist bereits im Gespräch. Es handelt sich um ein großes Grundstück, das früher den chinesischen Seezollbehörden gehörte und nach der Anerkennung Pekings durch London 1950 Eigentum der Volksrepublik wurde. Pekings Ersuchen an die britischen Be-

hörden kann als nuancierte Neudefinition des Status Kongs aus chinesischer Sicht verstanden werden. Peking war bisher nur bereit zu einer "Anerkennung dieses britischen Territoriums auf geheiligtem chinesischem Boden".

Die Einrichtung einer Mission gebe der Kolonie einen formaleren Status als britischer Besitz. Dies würde damit auch Pekings langfristige Politik gegenüber Hong Kong charakterisieren. Auf der anderen Seite haben sich die lokalen Behörden in Hong Kong lange Zeit gegen einen solchen Schritt gestellt, weil sie einen erneuten Eingriff der Chinesen in die Politik der Kronkolonie und die Entstehung eines zweiten Autoritätszentrums befürchten. In diesem Zusammenhang ist der Brief des UN-Delegierten Huang Hua vom 8.3.72 heranzuziehen, worin das Kolonialismus-Komitee der Weltorganisation ersucht wurde, Hong Kong und Macao nicht mehr als Kolonien zu klassifizieren. Der Vermutung, Hong Kong solle langfristig als britisches Territorium anerkannt werden, widerspricht allerdings eine Passage in diesem Brief aus dem letzten Jahr, worin es heißt, die beiden Gebiete seien "Teil chinesischen Territoriums, besetzt von britischen und portugiesischen Behörden" (C.a., 72/6 - Ü28).

(18) Chinesische Mammut-Delegation in Japan

Unter Leitung des 1908 im Tokyoter Exil geborenen Liao Cheng-chih sind 55 Chinesen einer volksdiplomatischen Gruppe am 16.4.73 in Tokyo eingetroffen. Liao, Vorsitzender der China-Japan-Freundschaftsgesellschaft, wird von Personen der verschiedensten kulturellen Bereiche begleitet, die sich während ihres Aufenthaltes in Japan in 8 Gruppen unterteilen werden.

Die Delegation wurde am 17.4.73 von Premierminister Tanaka empfangen. Geschenke wurden ausgetauscht, substantielle politische Gespräche aber auf ein Treffen Anfang Mai verschoben. In ähnlicher Weise verlief das Treffen mit dem japanischen Außenminister Ohira am 18.4. Auf dem zweiten Treffen Liao - Ohira wurde über die noch abzuschließenden Abkommen über Luftfahrt, Schifffahrt, Handel und Fischerei gesprochen, ohne daß dabei substantielle Ergebnisse erzielt worden wären (JT, 17.4., 18.4., 19.4.73).

Aus japanischen Pressekommentaren zu diesem Besuch ist ersichtlich, daß man dort nicht ganz zufrieden ist mit der bisherigen Entwicklung der chinesisch-japanischen Annäherung. Lt. Asahi Shimbun (nach JT, 17.4.73) ist dies zurückzuführen auf die delikate Situation Japans im Kräftereieck VR China, USA und Sowjetunion. Die Zeitung fordert dazu auf, zum Weltfrieden beizutragen durch freundschaftliche Beziehungen mit asiatischen Staaten. Dies würde wohl eine größere Berücksichtigung der VR-chinesischen Interessen bedeuten. Yomiuri Shimbun (nach JT, 17.4.73) weist darauf hin, daß die chinesische Kultur zwar fest im japanischen Leben verwurzelt sei, daß aber seit der Meiji-Restauration eine Auseinanderentwicklung stattgefunden habe. Die Aufnahme westlicher Technologie durch Japan und die Kommunistische Revolution sowie die Kulturrevolution in China hätten die heute unterschiedlichen Weltanschauungen in China und Japan verursacht. In dieser Situation könne man sich nicht allein auf freundschaftliche Gefühle verlassen, sondern müsse die Unterschiede anerkennen und die gegensätzlichen Posi-

tionen klar ausdrücken.

(19) Chou En-lai offiziell nach Japan eingeladen

In einem persönlichen Brief hat Ministerpräsident Kakuei Tanaka seinen chinesischen Kollegen nach Japan eingeladen, wie am 2.4.73 vom japanischen Auswärtigen Amt mitgeteilt wurde. Da die Wahrscheinlichkeit, daß Chou En-lai die Einladung annimmt sehr gering ist, liegt dem Brief Tanakas wohl in erster Linie die Absicht zu Grunde, die persönlichen Kontakte mit Peking aufrecht zu erhalten und eine gewisse Balance zu den persönlichen Schreiben Tanakas an Breschnew herzustellen. Das Taktieren zwischen China und der UdSSR gehört augenblicklich zu den delikatesten und noch völlig ungelösten Problemen der japanischen Außenpolitik. (JT 4.4.73)

Tanaka schlug in seinem Schreiben weiter vor, interministerielle Gespräche zwischen Japan und der VRCh durchzuführen. Diese Gespräche sollen beim Besuch des Außenministers der VRCh, Chi P'eng-fei, in Japan im Herbst dieses Jahres beginnen. (JT 11.4.73)

(20) Japan: Zunehmender Besucherstrom von und nach der VRCh und Taiwan

Das Einwanderungsamt des japanischen Justizministeriums gab für 1972 folgende Zahlen bezüglich Taiwan und China bekannt: 537 VRChinesen besuchten Japan (1971: 71). 457 in Japan residierenden Chinesen wurde die Rückreise nach Japan nach einem Besuch in der VRCh gestattet (Zunahme gegenüber 1971: 200%). 8000 Japaner besuchten die VRCh (Zunahme gegenüber 1971: 60%). 47 000 Personen aus Taiwan besuchten Japan (keine Angaben für 1971). 12 000 Taiwanesen konnten nach einem Besuch in Taiwan wieder nach Japan einreisen (Keine Angaben für 1971). 205 000 Japaner besuchten Taiwan (Zunahme gegenüber 1971: 30 000 Personen). (JT 16.4.73)

(21) Liga für japanisch-chinesische Freundschaft

Die frühere Liga von Reichstagsabgeordneten für die Förderung der Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen zwischen Japan und China hat sich neu formiert und einen neuen Namen bekommen: Der "Japanischen Liga der Reichstagsabgeordneten für Japanisch-Chinesische Freundschaft" steht erneut als Präsident Aiihiro Fujiyama vor. In einem Bericht betonte NCNA (24.4.73), daß der Liga mehr als 400 Abgeordnete beider Häuser und alle Parteien sowie Unabhängige, mit Ausnahme der Kommunistischen Partei, angehörten. Als Ziele der Freundschaftsliga wurde von japanischer Seite herausgehoben, keines der beiden Länder solle im asiatisch-pazifischen Raum eine Vormachtstellung erstreben. Außerdem müsse man sich Bemühungen anderer Länder oder Gruppen von Ländern entgegenstellen, die eine solche Hegemonie errichten wollten. Der Liga-Präsident erklärte, man werde sich für einen frühen Abschluß eines japanisch-chinesischen "Vertrags über Frieden und Freundschaft" einsetzen.

(22) Auch japanische "Spione" freigelassen

Nach der Entlassung von britischen und deutschen Staatsangehörigen, die unter der Anklage der Spionagetätigkeit während

der Kulturrevolution in chinesische Gefängnisse gewandert waren, sind nun auch fünf japanische Geschäftsleute wieder in die Freiheit entlassen worden. Sie waren 1967 als Agenten festgenommen worden (Times, 15.4.73).

(23) Kambodscha: Unterstützung Sihanouks zahlt sich aus

Pekings Stützung der Exilregierung von Prinz Norodom Sihanouk zahlt sich mehr und mehr aus. Der Prinz entfaltet eine lebhaftere Reisediplomatie, um mehr und mehr Länder zur Anerkennung seiner Regierung der Nationalen Einheitsfront zu bewegen. Dies wurde mit einem aufwendigen Staatsempfang aus Anlaß der Rückkehr Sihanouks von einem Besuch in der befreiten Zone von Kambodscha (12.4.73) deutlich. Bisher haben 36 Staaten die kambodschanische Exilregierung anerkannt. Nach der Inspektionsreise nach Kambodscha, die mit einem offiziellen Besuch in Nordvietnam verknüpft war, ließ sich Sihanouk in Nordkorea von Kim Il-sung die Rechtmäßigkeit seiner Regierung bestätigen (MD, 18.4.73; 12.4.73). Kim sicherte auch in Zukunft aktive materielle und moralische Unterstützung zu und äußerte zuversichtlich, daß die USA in Asien eine Angriffsbasis nach der anderen verlieren werden. Auf einer Pressekonferenz in Peking (NZZ, 15.4.73) erklärte er sich zur Aussöhnung mit Washington bereit, falls die Amerikaner der Lon-Nol-Regierung ihre Unterstützung entzögen und ihre Einmischung einstellten. Das von der chinesischen Unterstützung beflügelte Prestige Sihanouks wird sich im übrigen durch eine neue Afrika-Reise des Prinzen weiter festigen. Vorgesehene Stationen des offiziellen Besuchs: Senegal, Mali, Guinea, Republik Kongo, Zambia, Algerien und Mauretanien, weiter einige andere sozialistische Länder, darunter Rumänien, Jugoslawien und Albanien. Auf der kommenden Gipfelkonferenz der blockfreien Staaten in Algier Ende des Jahres wird Sihanouk Kambodscha als Staatschef vertreten (MD, 17.4.73) (vgl. auch Thema Kambodscha - China, C.a. 73/4 - 125 ff).

(24) Kambodscha: Lon-Nol-Attentäter in Peking

Hauptmann So Photra, der am 17. März d. J. den Palast Marschall Lon Nols in Phnom Penh bombardiert hatte, ohne allerdings den Staatschef zu töten, ist inzwischen in der chinesischen Hauptstadt eingetroffen, wo er u.a. auch vom Stellvertretenden Vorsitzenden des ZK-Militärausschusses, Yeh Chien-ying, empfangen wurde (NCNA, 20./22.4.73). Nach dem Anschlag, der lange vorbereitet worden sei, habe er direkt die chinesische Insel Hainan angefliegen, die etwa 800 km von Phnom Penh entfernt liegt. Der Hauptmann wollte nicht erklären, warum die sonst so effektive chinesische Luftabwehr auf ihn kein Feuer abgab (Le Monde, 22.4.73; NCNA, 20.4.73). War China über den Plan vielleicht durch Prinz Sihanouk instruiert worden?

(25) Sihanouk in Kambodscha

Von einer bisher geheimgehaltenen eineinhalbmonatigen Reise in die befreiten Gebiete Kambodschas ist Prinz Sihanouk Anfang April wieder nach Peking zurückgekehrt. In Peking wurde er von Premierminister Chou En-lai persönlich begrüßt, der bereits vor kurzem bemerkt hatte, er sei der Ansicht, der Prinz solle nach Kambodscha zurückkehren (IHT,

12.4.73). Die chinesische Presse berichtet, Sihanouk habe in dem ständigen Bombenhagel der amerikanischen Luftwaffe über Kambodscha nur eine Überlebenschance von weniger als 50 % gehabt. Neun Zehntel des Landes mit acht Zehnteln der Bevölkerung seien bereits in den Händen der Einheitsfront, deren kontrollierte Gebiete sich rasch weiter ausdehnten.

(26) Philippinen: Normalisierung der Beziehungen zu Peking

Direkt und deutlich hat Präsident Marcos erstmals erklärt, die Philippinen seien im Begriff, Handelsbeziehungen zu Peking aufzunehmen und ihre Beziehungen zur VRCh generell zu normalisieren. Marcos erläuterte, daß aber Beziehungen zu Peking erst nach Rücksprache mit der ASEAN aufgenommen würden (MD, 4.4.73).

(27) Südkorea: Erste Fühler

Langsam beginnt sich Südkorea, das ja innerhalb der asiatischen Mächtekonstellation (USA, Sowjetunion, China, Japan) einen optimalen Platz finden muß, seine Fühler nach Peking auszustrecken. Offizielle Beziehungen werden von dem antikommunistischen Regime in Seoul zwar noch weit von der Hand gewiesen, doch hat die südkoreanische Regierung die Chinesen wissen lassen, daß sie an Handelsbeziehungen interessiert sei. Ähnlich zurückhaltende Angebote wurden auch gegenüber der Sowjetunion und Jugoslawien gemacht. Möglich geworden ist eine solche Politik, seit Süd- und Nordkorea sich an einen gemeinsamen Tisch gesetzt haben, um die Wiedervereinigungsprobleme bilateral zu lösen (IHT, 10.4.73).

(28) Sikkim-Protst

Indirekt hat die VRCh Indien der Einmischung in Sikkim beschuldigt. Am 12.4.73 brachte die chinesische Nachrichtenagentur die Kommentare nepalesischer und pakistanischer Zeitungen. Darin wird die indische Regierung wegen ihrer unter Anwendung von Gewalt erfolgten Übernahme der Regierungsgewalt in Sikkim verurteilt. Indien nutze nur die gegenwärtige Entwicklung in Sikkim aus, um die unangefochtene Macht auf dem Subkontinent zu werden. Unter dem Vorwand, in Sikkim seien Recht und Ordnung zusammengebrochen, habe die indische Regierung die Besetzung Sikkims durchgeführt, und diese Besetzung des unruhigen Königreiches sei in keiner Weise vom internationalen Recht sanktioniert. Für die kleineren Staaten an der Peripherie Indiens sei dies ein Alarmsignal und für das Gewissen aller freiheitsliebenden Nationen eine Herausforderung (NCNA, 12.4.73). (Näheres vgl. "Zu den Unruhen in der Pufferzone Sikkim" in diesem Heft).

(29) Thailändische Zwischenlösung?

In der Bangkok Post (MD, 6.4.73) ist angedeutet worden, in welcher Weise Thailand Beziehungen zur VRCh anstern und die Bindungen zu Taipei herabmindern könnte. Die thailändische Regierung hat nach dieser Quelle ihre China-Politik überprüft und nach einer Formel gesucht, die es ermöglicht, mit der VRCh und Taiwan freundschaftliche Beziehungen - ohne formelle diplomatische Beziehungen - zu unterhalten. Taipei ist von der bevorstehenden Überprüfung der China-Politik Bangkoks informiert. Sehr wahrscheinlich wird der Botschafter in Taipei

zurückberufen und nicht ersetzt. Das könnte den Weg dazu bereiten, in absehbarer Zukunft in Peking eine nichtdiplomatische, jedoch offizielle Vertretung einzurichten. Die VRCh ist aufgefordert worden, in Bangkok ein Büro für ihre Delegation bei der ECAFE einzurichten, und dies könnte Pekings offizielle, jedoch nicht diplomatische Mission in Thailand werden. In diesem Zusammenhang haben thailändische Regierungsvertreter daran erinnert, daß Ministerpräsident Chou En-lai dem thailändischen Handelsminister bei seinem Besuch in Peking als Betreuer der thailändischen Tischtennismannschaft gesagt habe, die Volksrepublik wünsche mit Thailand freundschaftliche Beziehungen, verstehe aber Thailands Lage und insistiere deshalb nicht auf diplomatischen Beziehungen. Gleichzeitig versucht auch die Sowjetunion mit Thailand ins Geschäft zu kommen. Der sowjetische Außenhandelsminister hat Bangkok die Einrichtung eines sowjetischen Handelsbüros in Thailand vorgeschlagen (MD, 6.4.73). Ein Übergreifen des sino-sowjetischen Konflikts auch auf Thailand ist damit abzusehen.

Die thailändische Regierung setzt ihre Politik der kleinen Schritte in Richtung auf eine Annäherung an die VRCh noch auf andere Weise fort. Thailands Vizepremierminister erklärte erneut in einem Interview der Bangkok Post, daß Bangkok alle von Peking initiierten Handelsbeziehungen positiv erwidern werde und außerdem sportlichen und kulturellen Austausch mit der VRCh begrüße. Zwar würden "korrekte und herzliche" Beziehungen mit Nationalchina aufrechterhalten, aber das bedeute keine "automatische" Unterstützung mehr für Taipei. Dies wird als eine Abschwächung der Beziehungen interpretiert.

In Zukunft gibt es z. B. keine Besuche von Regierungsvertretern zwischen Bangkok und Taipei mehr. Dazu hat eine nationalchinesische Radiostation, die von Chiang Rai im Norden aus operierte, um Taipei über die Entwicklung in der Region an der chinesischen Südwestgrenze zu informieren, ihre Arbeit einstellen müssen. Der Vizepremier hat dazu die Entwaffnung von mehreren Tausend Ex-Kuomintang-Soldaten im nördlichen Thailand angeordnet, Überbleibsel jener Truppen, die 1950 von der chinesischen Provinz Yünnan aus sich nach Birma und Nordthailand zurückziehen mußten (IHT, 2.4.73).

AUSTRALIEN

(30) Kritische Freunde

Die gerade erst geknüpften freundschaftlichen Bande zwischen Australien und der VRCh hindern die neue Regierung in Canberra keineswegs daran, Kritik an eventuellen chinesischen Atomversuchen zu äußern. Australiens Premierminister Whitlam erklärte am 12.4.73, sein Land habe gegen chinesische Nukleartests in der Atmosphäre protestiert. Dies sei in einem Brief an den Außenminister der chinesischen Regierung Anfang April geschehen. Man habe darum nachgesucht, Testversuche vollständig einzustellen. Dieser Schritt ist im Zusammenhang mit den Bemühungen der australischen Regierung zu sehen, die französischen Nuklearversuche ebenso verhindern wollen wie andere Tests in der Region des Mururoa-Atoll (IHT, 13.4.73).

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN UND KONFERENZEN

(31) UNO-Sicherheitsrat: Panama-Konferenz

Vom 15. - 21.3.73 hielt der UNO-Sicherheitsrat eine Tagung in Panama ab, die erste, die bisher in Lateinamerika stattfand. Auf der Tagesordnung stand die Überprüfung der Maßnahmen "zur Erhaltung und Verstärkung des internationalen Friedens und der Sicherheit in Lateinamerika in Übereinstimmung mit den Bestimmungen und Prinzipien der UNO-Charta".

Am 19.3.73 sprach auch der chinesische Vertreter Huang Hua. Er handelte die inzwischen bereits etablierten chinesischen Themen zum Bereich Lateinamerika ab (200-Meilen-Zone; kernwaffenfreies Lateinamerika; Kampf gegen die Supermächte, vor allem in Form des Andenpaktes; Näheres C.a. 73/3 - Ü17 und Ü18) und ging dann speziell noch auf die Panama-Kanal-Zone ein: "Wie allen bekannt ist, ist die Panama-Kanal-Zone ein unabtrennbarer Bestandteil des unverletzlichen Territoriums der Republik Panama. Um die Jahrhundertwende zwangen die USA dem panamaischen Volk einen ungleichen Vertrag auf, okkupierten den Panama-Kanal, stationierten große Truppenkontingente in der Kanalzone und errichteten dort eine Kolonialherrschaft. Dies gefährdet auch die Unabhängigkeit und Sicherheit aller anderen lateinamerikanischen Staaten". Der ungleiche Vertrag müsse annulliert, die Kolonialherrschaft in dieser Kanalzone beendet und Panama schrittweise in seine Rechte über die Kanalzone wieder eingesetzt werden (PRu 1973, Nr. 12, S. 9 - 12).

(32) UNO-Sicherheitsrat: Israel-Entschließung

Am 21.4.73 wurden Israels militärische Attacken auf den Libanon durch eine Resolution des Sicherheitsrates der UNO verurteilt. In der Resolution fand sich zugleich der Satz, daß "alle Akte von Gewalt, welche menschliches Leben vernichten oder gefährden", ebenfalls verurteilt würden. Dieser Satz war auf die Tötung dreier Diplomaten, zweier Amerikaner und eines Belgiers in Khartoum im März gemünzt. 11 Mitglieder des Sicherheitsrates stimmten für die Resolution: USA, Sowjetunion, VRCh und Guinea enthielten sich der Stimme.

Der USA-Vertreter wies darauf hin, daß in der Resolution nicht das Motiv für den israelischen Angriff auf den Libanon, nämlich der palästinensische Terrorismus, zum Ausdruck gekommen sei. Er lehne "einseitige Verurteilungen ab und wende sich gegen Gewaltanwendung und Terror, ganz gleich, von welcher Seite und welcher Art".

Den Entschluß der chinesischen Delegation, nicht für den Resolutionsentwurf zu stimmen, begründete Huang Hua: "Wir finden in dem Resolutionsentwurf zahlreiche Punkte, die für uns akzeptabel sind, wie z. B. Para. 2, der die wiederholten israelischen Angriffe gegen den Libanon verurteilt, sowie Para. 3, der Israel auffordert, sich ab sofort aller Angriffe gegen den Libanon zu enthalten. All dies ist korrekt. Es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß der Terminus 'bedauert alle Akte der Gewaltanwendung' im Para. 6 der Präambel und vor allem die Formulierung 'bedauert alle Akte der Gewaltanwendung' im Para. 1 äußerst zweideutig sind. Sie unterscheiden nicht eindeutig zwischen Recht und Unrecht, zwischen dem Aggressor

und dem Opfer der Aggression. Sie können daher von den Zionisten und Imperialisten benutzt werden, gegen das palästinensische Volk vorzugehen, welches das Opfer der Aggression ist" (NCNA, 22.4.73).

(33) China auf der ECAFE

Vom 11.4.73 ab fand sich die 29. Generalversammlung der ECAFE (UN-Wirtschaftskommission für Asien und den Fernen Osten) in Tokyo zu einer zweiwöchigen Konferenz zusammen. Vertreten waren 450 Delegierte aus 45 Staaten, darunter erstmals die VRCh. Die Jungfernrede des chinesischen Chefdelegierten An Chih-yüan sowie andere Äußerungen der chinesischen Delegation waren von einem scharfen antisowjetischen Ton gekennzeichnet. Auf der Konferenz wurden zunächst im Rechenschaftsbericht für das Jahr 1972 über langfristige Forschungen zur Ermittlung von Mineralvorkommen unter dem Meeresboden sowie Fortschritte bei der Planung eines 14.500 km weiten transasiatischen Eisenbahnprojektes, das Istanbul mit Singapur und Indonesien verbinden soll, berichtet. Die Hauptgesprächsthemen des Forums, die die Arbeit der Organisation in Zukunft bestimmen, waren die wirtschaftliche Zusammenarbeit in Asien, der Abbau von Naturschätzen, Nahrungsmittelversorgung, Bevölkerungswachstum sowie das Projekt einer asiatischen Clearing Union, eines Reishandels-Fonds und einer asiatischen Reservebank. Die Clearing Union soll den zwischenstaatlichen Gebrauch von Währungen in der Region stimulieren sowie den Handel der Mitgliedsländer untereinander vergrößern. Der Fond soll den interregionalen Reishandel durch entsprechende Finanz- und Kreditpolitik fördern.

Der chinesische Chefdelegierte wandte sich gegen Großmacht-Hegemonie und die Supermächte in Asien. Ohne die Sowjetunion direkt anzusprechen, wurde der UdSSR-Plan eines kollektiven Sicherheitssystems in Asien scharf verurteilt, weil er nur dazu diene, die asiatischen Länder zu kontrollieren und zu trennen, um sie schließlich in den Einflußbereich der UdSSR einzugliedern. Im wirtschaftlichen Bereich warnte der chinesische Chefdelegierte vor neuer imperialistischer Beherrschung durch die Supermächte, die diese Herrschaft durch "Hilfe" und "gemeinsame Erschließung" anstrebten. China trete deshalb für das "Sich-Stützen-auf-die-eigenen-Kräfte" ein. Diese zwar bekannten, aber in solcher Schärfe zu Beginn der Konferenz nicht erwarteten Auslassungen der Chinesen führten zu heftigen Reaktionen vonseiten der USA und der Sowjetunion. Die Vertreter beider Länder verließen aus Protest den Konferenzsaal. Moskau revanchierte sich mit heftiger antichinesischer Propaganda, die einerseits das System der kollektiven Sicherheit verteidigte, andererseits das Kompliment der "hegemonistischen Bestrebungen" an die chinesische Adresse zurückgab (Prawda, 17.4.73). China werde nicht das Land sein, das Wirtschaftshilfe gibt, aber es sei sehr wohl willens, die Führung über die kleineren Nationen des Gebietes an sich zu reißen (TASS, 17.4.73). Neben Nadelstichen gegen Moskau versuchte die chinesische Delegation auf die Zusammensetzung des Wirtschaftsausschusses Einfluß zu nehmen. Gegen die Stimme der Chinesen wurde Bangla Desh als Mitglied aufgenommen; gegen die Teilnahme Kambodschas, Südkoreas und Südvietnams an der Jahressitzung protestierten Pekings Abgesandte wie schon auf der vorjährigen Umweltschutz-Konferenz: Sie verließen die Sitzung unter Protest.

Dies geschah sowohl bei Reden eines Sprechers von Südkorea wie bei Ausführungen eines kambodschanischen Delegierten. Die Chinesen verlangten die Anerkennung der Exilregierung Sihanouks, die Teilnahme der Provisorischen Revolutionsregierung Südvietnams sowie Nordkoreas an der Konferenz (NZZ, 13.4.73).

Die Chinesen waren auch in anderer Form darum bemüht, sich langfristig eine beachtetere Stellung in dem Gremium zu sichern. Neben Englisch und Französisch, den z. Zt. verwendeten zwei offiziellen Sprachen, soll, wie der chinesische Delegierte Chih Yüan forderte, das in den ECAFE-Ländern verbreitete Chinesisch, das auch offizielle Sprache der UN sei, als weitere offizielle Sprache zugelassen werden (MD, 24.4.73).

(34) Aufnahme in die FAO

Nach einer 22jährigen Abwesenheit in der UN-Organisation FAO (Nahrungs- und Landwirtschaftsorganisation) haben Vertreter der Volksrepublik ihre Arbeit in der Organisation aufgenommen. Taiwan war ein Gründungsmitglied der FAO gewesen, zog sich aber, wohl aus mangelndem Interesse, 1951 zurück. Nach Aufnahme der VRCh in die UN hatte bereits im letzten November eine offizielle Delegation der FAO mit ihrem Generalsekretär Adedeke Boerma an der Spitze der Volksrepublik einen Besuch abgestattet und war beeindruckt zurückgekehrt: Die chinesische Landwirtschaft, die eine Millionenbevölkerung angemessen ernähre, werde die internationale Gemeinschaft über aufschlußreiche Anbaumethoden informieren und sonstige Erfahrungen auf landwirtschaftlichem Gebiet zur Verfügung stellen (IHT, 14.4.73).

(35) VRCh auf der 7. Sondersitzung des Warenausschusses der UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung

Aufgrund einer Resolution der 3. Welthandels- und Entwicklungskonferenz (UNCTAD) fand vom 26.2.73 bis zum 10.3.73 in Genf die 7. Sondersitzung des Warenausschusses der UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung statt (zur Stellungnahme Chinas zur Handelspolitik, wie sie von Chou Hua-min in Santiago vertreten wurde, vgl. C.a., 72/5 - Ü36).

Der chinesische Vertreter, Chang Chien-hua, führte bei dieser Sitzung u. a. aus: "Gewisse Industriemächte verfolgen eine selbstsüchtige Wirtschaftspolitik und drücken mit Hilfe ihrer Monopolstellung im Handel die Rohstoffpreise herunter. Sie errichten Zollbarrieren und andere Handelsschranken, so daß der Anteil der Primärprodukte im Welthandel immer weiter zurückgeht, die Handelsbedingungen immer schlechter werden und die Preisschere zwischen den Primärprodukten und den Industriewaren immer klaffender wird..... Dieser bössartige Zirkel stellt eine ernste Bedrohung für die Entwicklungsländer dar".

Die eigentliche Ursache der Armut und Rückständigkeit der Entwicklungsländer liege in der "Ausplünderung und Ausbeutung durch den Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus... Es verdient unsere Aufmerksamkeit, daß unter dem Aushängeschild der internationalen Arbeitsteilung von manchen Leuten das Erbe des Kolonialismus übernommen wird und daß diese Leute bestrebt sind, die Entwicklungsländer in Armut und Rückständigkeit zu halten, um sie auch weiterhin zu Lieferanten von billigen Rohstoffen und zu Absatzmärkten für minderwertige

Maschinen und Ausrüstungen zu machen..... Demgegenüber ist äußerste Wachsamkeit der Entwicklungsländer vonnöten."

China trete dafür ein, daß der internationale Handel auf den Grundsätzen der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens beruhen müsse. Handel solle entsprechend den Bedürfnissen und Möglichkeiten der beiden Handelspartner getrieben werden. Auf keinen Fall dürfe es zur Ausnutzung einer Monopolstellung kommen (PRu, 1973, Nr. 11, S. 10).

(36) Neues Völkerrecht: ein wirkliches "mare gentium"
(Chinas Argumentation bei der Vorbereitung einer 3. Seerechtskonferenz der UNO)

Vom 5.3. - 6.4.73 fanden in New York Sitzungen der drei Unterkomitees des Meeresbodenausschusses der UNO zur Vorbereitung einer 3. Seerechtskonferenz statt, bei der das bisherige Völkerrecht, soweit es sich auf die Ozeane bezieht, völlig neu gestaltet werden soll.

Dabei hatten die Vertreter der VRCh eine ideale Gelegenheit, gegen die "Meereshegemonie der Supermächte" zu kämpfen. Bei den ersten zwei Seerechtskonferenzen (1958 und 1960) hatten viele asiatische und afrikanische Länder ihre Unabhängigkeit noch nicht erreicht. Die Vier Genfer Konventionen, die damals ausgearbeitet wurden, entsprechen daher fast ausschließlich den Interessen der Supermächte und können insofern als veraltet gelten.

a) Konvention über die Territorialgewässer

Bisheriger Zustand: 12 sm

Chinesischer Einwand: Wer soll eigentlich die Grenzen der Territorialgewässer bestimmen, die beiden Supermächte oder aber die einzelnen Anliegerstaaten in Übereinstimmung mit ihren besonderen Bedingungen? Auf den Genfer Seerechtskonferenzen von 1958 und 1960 wurden willkürlich 12 sm vorgeschrieben. Dabei seien jedoch die geographischen, geologischen und meeresbiologischen Besonderheiten sowie die Erfordernisse einer rationalen Nutzung der Ressourcen in den Territorialgewässern keineswegs berücksichtigt worden. Als Entwicklungsland habe China volles Verständnis für die Länder der Dritten Welt, wenn sie ihre Territorialgewässer zum Teil bis auf 200 sm ausdehnten. Habe im übrigen nicht die Regierung der Sowjetunion am 21.3.1956 mit ihrem "Beschluss über den Schutz der Lachs- und Forellenressourcen im Fernen Osten und über die Regelung der Fangmenge" eindeutig eine ausgedehnte Kontrollzone festgelegt, deren weitester Punkt über 400 sm von der sowjetischen Küste entfernt liege? (Hier ist die "Bulganin-Linie" gemeint, mit der vor allem japanische Fischer immer wieder in Konflikt kommen). Die Sowjetunion habe also das Recht zur Schaffung exklusiver Wirtschaftszonen, andere Länder dagegen sollten zurückstehen? Was sei das für eine Logik!

Nun argumentiere die Sowjetunion aber auch noch mit einem anderen "Aushängeschild", indem sie sich nämlich zur Verteidigung der Binnenländer aufschwinde. Doch sei diese Frage auch ohne Moskau lösbar: Die Küstenländer sollten prinzipiell ihren Binnennachbarn im Hinterland einen proportionalen Anteil an den Eigentumsrechten und am Recht auf Jurisdiktion in ihrer Wirtschaftszone gewähren. Dabei sei

nach dem Prinzip der gleichberechtigten Konsultation vorzugehen.

b) Konvention über das offene Meer

Bisheriger Zustand: Im Rahmen der "Freiheit des offenen Meeres" gibt es bisher die sog. "vier Freiheiten", nämlich Freiheit der Schifffahrt, Freiheit des Fischfangs, Freiheit der Legung und der Haltung von Unterwassertelegraphenkabeln und Pipelines sowie Freiheit des Fliegens über dem offenen Meer.

Einwände Chinas: Diese Freiheiten dienten ausschließlich den beiden Supermächten. Die Sowjetunion arbeite z. Zt. mit nahezu 100 riesigen Fabrikschiffen und fische riesige Meereszonen aus, so daß einige Länder (Lateinamerika, Island (!) und einige afrikanische Staaten) bereits in Alarmzustand geraten seien. Die "Freiheit der Meere" wurde hier auf Kosten der nicht konkurrenzfähigen Drittländer einwandfrei mißbraucht - gar nicht zu reden von den U-Boot-Operationen und anderen "Piratenakten".

c) Konvention über den Fischfang und den Schutz der Lebewesen im offenen Meer

Bisheriger Zustand: Verbot einer "formellen oder tatsächlichen Diskriminierung der fremden Fischer".

Einwand Chinas: Diese Bestimmung diene in Wirklichkeit den Supermächten als legale Begründung für die Ausplünderung der Fischbestände anderer Länder. Die beiden Supermächte fischten mit ihren überlegenen Fangflotten z. Zt. die Küstengewässer anderer Länder ab und übten "Piratenakte" in großem Stil unmittelbar vor deren Tür. In den letzten Jahren habe die Sowjetunion großes Gewicht auf den Bau von Fischereischiffen der Klasse von über 20000t gelegt. Die "Vostok" z. B., ein neues 43000-Tonnen-Schiff, sei bereit, Meeresfische aus den reichsten Fischereigründen der Welt zu rauben, deren Bestände immer kleiner werden. Das Schiff sei mit Hubschraubern, Geräten für Infrarot-Photographie, Kühl- und Verarbeitungseinrichtungen sowie 14 Trawlern ausgerüstet. Auch die von den amerikanischen Fischereischiffen benutzten Vakuum-Staubsaugermethoden unterminierten die Fischereiressourcen der Welt, vor allem die der Küstenländer. Auch hier liege also ein einwandfreier und nur den Supermächten zugutekommender "Mißbrauch" der Meeresfreiheit vor.

d) Konvention über den Kontinental-Shelf

Bisheriger Zustand: Zwar hat jedes Land das Recht der Nutzung des Kontinental-Shelfs, doch ist dieses Recht durch viele Ausnahmeregelungen durchlöchert. So darf z. B. die "internationale Schifffahrt" in diesem Bereich nicht behindert werden. Auch "rein wissenschaftliche Forschung" muß zugelassen werden.

Nach chinesischer Ansicht handelt es sich hier, mit einem Wort, darum, den Supermächten auch den Zugriff auf die Kontinentalsockelgebiete zu erlauben. Mit "Forschungsschiffen" läßt sich das Kontinentalrecht der Anliegerstaaten z. B. leicht durchbrechen.

Das Fazit: An Stelle der alten Vier Genfer Konventionen über die Seerechtsordnung ist eine neue umfassende Konvention auszuarbeiten, an der auch die Länder der Dritten Welt gleichberechtigt mitarbeiten sollen (hierzu ausführlich PRu 1973 Nr.13, S.8-12, und 1973, Nr.15, S.12-15).

Am 27.3. unterbreitete der Vertreter Chinas, Hsia Pu, bei den Sitzungen folgenden Vorschlag:

1. Das Gebiet des internationalen Meeresbodens und dessen Ressourcen sind gemeinsamer Besitz der Völker aller Länder und sollten nicht eigenmächtig von einem Staat oder einer Person angeeignet werden.

2. Die rationelle Verwaltung des Gebiets und die Sinnvolle Nutzung seiner Ressourcen sollten gewährleistet werden, wobei man den Monopolen und Manipulationen der Supermächte entgegengetreten muß.

3. Die Profite und Gewinne, die aus der Ausbeutung der Vorräte stammen, sollten ehrlich und gerecht von allen Staaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung und unabhängig von ihrer Größe geteilt werden, wobei die Bedürfnisse der Entwicklungsländer - einerlei, ob an einer Küste gelegen oder nicht - besonders berücksichtigt werden sollten.

4. Damit gewährleistet werde, daß das Gebiet des internationalen Meeresbodens für friedliche Zwecke genutzt wird, sollten in erster Linie nukleare Unterseeboote und andere Waffen daraus verbannt werden.

5. Schutz der maritimen Umwelt und Verhinderung ihrer Verschmutzung.

6. Schaffung eines internationalen Organs, das von allen Ländern gemeinsam geleitet wird, das aber nicht die legitimen Rechte und begründeten Interessen der Küstenstaaten verletzen darf.

7. Verwaltung der Ressourcen auf dem internationalen Meeresboden sollte alle lebenden und nichtlebenden Ressourcen umfassen.

8. Die Verwaltung durch das internationale Organ sollte sich nicht auf die Ausbeutung des internationalen Meeresbodens und seiner Ressourcen beschränken, sondern auch andere Tätigkeiten, wie z. B. wissenschaftliche Forschung, umfassen.

Das internationale Organ sollte von allen Ländern gemeinsam geleitet werden. Manipulationen bzw. Monopolisierung in irgendeiner Form durch die Supermächte ist ebenso wenig zulässig wie die bisherige Praxis der beiden Supermächte, dank ihrer fortgeschrittenen technischen Möglichkeiten weiterhin maritime Hegemonie zu treiben und die Ozeane exklusiv zu kontrollieren (NCNA, 1.4.73).

Die wissenschaftliche maritime Forschung ist für die beiden Supermächte bisher stets Werkzeug zur Förderung der maritimen Hegemonie gewesen. Künftig müßten für die maritime Forschung folgende Grundsätze gelten:

1. Ein Küstenstaat genießt volle Souveränität über seine Hoheitsgewässer. Ohne seine Zustimmung ist keinem Außenstehenden erlaubt, irgendeine wissenschaftliche Forschungsarbeit in diesem Raum vorzunehmen.

2. Ein Küstenstaat ist berechtigt, sich an einem wissenschaftlichen Forschungsprojekt zu beteiligen, das in seinem Hoheitsgebiet von anderen Ländern durchgeführt wird, und die Ergebnisse und Muster zu erhalten, die bei solchen wissenschaftlichen Forschungen erarbeitet werden.

3. Ein Küstenstaat übt ausschließlich Jurisdiktion über sein

nationales Hoheitsgebiet aus

4. Das Gebiet des internationalen Meeresbodens jenseits der nationalen Jurisdiktion und die dortigen Ressourcen sind grundsätzlich gemeinsames Eigentum aller Länder.

5. Alle Staaten sollten nach der Grundlage der gegenseitigen Achtung und Souveränität, der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils die internationale Zusammenarbeit bei der wissenschaftlichen maritimen Forschung fördern (NCNA, 1. und 4. April 1973).

(37) Zur Helsinki-Konferenz: Mittelmeer-Standpunkt der VRCh

In Zusammenhang mit der vorbereitenden Tagung für eine Konferenz der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit in Helsinki hat China seinen Mittelmeer-Standpunkt eindeutig präzisiert. In einer geschickten Polemik gegen die Sowjetunion und die USA (NCNA, 6.4.73) wird gegen den sowjetischen Standpunkt polemisiert, daß Fragen der Beseitigung von Spannungen im Mittelmeerraum im Rahmen der Konferenz nicht behandelt werden sollen. Die chinesische Nachrichtenagentur stellt fest, daß im Gegenteil der Mittelmeerraum für die Sicherheit Europas von entscheidender Bedeutung sei, die beiden atomaren Supermächte ihren Wettstreit nicht im Mittelmeer auszutragen hätten, und daß die Kriegsschiffe der USA und der Sowjetunion aus diesem Raum abgezogen werden müßten. Den sowjetischen Standpunkt erklärt Hsinhua so: "Das Mittelmeer war schon immer ein Zankapfel der Imperialisten und Kolonialisten. Für einige Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg war der US-Imperialismus der Oberlehensherr im Mittelmeer. Die Sozialimperialisten haben seit langem ein begieriges Auge auf das Mittelmeer geworfen und es als ein wichtiges strategisches Gebiet in ihrer Auseinandersetzung mit den US-Imperialisten um die Vorherrschaft auf dem Meer, in Nahost, Europa und Afrika betrachtet". Die Sowjetunion habe Marine- und Luftstützpunkte an sich gebracht und ein Netz von Militärstützpunkten im östlichen Teil des Mittelmeerraumes errichtet. Jetzt dringe sie in den westlichen Teil vor, um mit ihrer Ostsee- und nördlichen Flotte Europa einzukreisen. Das Auftreten sowjetischer Kriegsschiffe im Mittelmeer werde einmal als Schutz der friedliebenden Brudervölker in der arabischen Welt etikettiert, dann heiße es wieder, die Präsenz der Flotte diene den Sicherheitsinteressen der Sowjetunion.

(38) Afrika-Konferenz in Oslo

Auf der Osloer Internationalen Expertenkonferenz zur Unterstützung der Opfer des Kolonialismus und der Apartheid im Süden Afrikas (9. , 14.4.73), an der Vertreter von mehr als 80 Ländern teilnahmen, wandte sich die chinesische Delegation gegen den Alt- und Neokolonialismus in der südafrikanischen Region. Radio Peking betonte, daß der bewaffnete Kampf der einzige Weg zur Verwirklichung der nationalen Befreiung sei. Daneben polemisierten die Chinesen erneut gegen "eine Supermacht" in Asien, Afrika und Lateinamerika, die unter dem Aushängeschild einer Unterstützung der Nationalen Befreiungsbewegung Neokolonialismus betreibt (MD, 17.4.73).

(39) IOC-Probleme

Die Forderung der VRCh, Taiwan aus dem Internationalen Olympischen Komitee (IOC) auszuschließen, erwies sich bei einem

Gespräch chinesischer Sportführer mit dem Schweizer Thomas Keller, dem Präsidenten der Generalversammlung der Weltfachverbände (AGFI), erneut als entscheidendes Hindernis für die Aufnahme der VRCh in das IOC.

Auch ein Kompromißvorschlag Kellers, China in alle Fachverbände aufzunehmen, in denen Formosa nicht Mitglied sei, fand keine Zustimmung (Voraussetzung für die Mitgliedschaft im IOC ist, daß ein Land mindestens fünf Fachverbänden angehört). Unter diesen Umständen lehnten die Chinesen eine Einladung Kellers ab, zur AGFI-Generalversammlung im Mai nach Oklahoma-City zu kommen.

AUSSENPOLITIK, ALLGEMEIN

(40) China will atomfreie Zone in Lateinamerika respektieren

Als letzte Atommacht hat sich nun auch die VRCh - im Schlußkommunique anlässlich des Staatsbesuches Echeverrias in Peking - bereiterklärt, die Zusatzprotokolle zum Vertrag von Tlatelolco über die Errichtung einer kernwaffenfreien Zone in Lateinamerika zu unterzeichnen. Das Protokoll war zu dieser Zeit bereits von den USA und Großbritannien signiert worden, Frankreich hatte die Unterzeichnung zugesagt, und auch die Sowjetunion hatte sie "in Aussicht gestellt".

Gleichzeitig wird in dem Kommunique allerdings darauf hingewiesen, daß die VRCh ihre Haltung zu einem allgemeinen Atomsperrvertrag und zu einem Teststop-Abkommen nicht geändert habe. Sollte es sich hier lediglich um eine "Höflichkeitsgeste gegenüber Echeverria" gehandelt haben? (so die FAZ, 25.4.73). Die Frage ist wohl zu verneinen. Bereits am 14.11.72 hatte Außenminister Chi P'eng-fei feierlich versichert, daß China in dem kernwaffenfreien Gebiet Lateinamerika "weder Kernwaffen einsetzen, noch lagern, noch testen" werde, und hatte dabei Bezug genommen auf den am 11.2.67 von 21 lateinamerikanischen Ländern formell unterzeichneten "Vertrag für das Verbot von Kernwaffen in Lateinamerika" (vgl. C.a. 72/12 - Ü11). Damals wurde der erste Schritt, beim Besuch Echeverrias der zweite getan!

Der einschlägige Passus im Kommunique vom 24.4.73 lautet: "Die chinesische Regierung trifft die erforderlichen Vorbereitungen für die baldmöglichste Unterzeichnung des Zusatzprotokolls II zum Vertrag über das Verbot von Atomwaffen in Lateinamerika (Vertrag von Tlatelolco) und erklärt gleichzeitig, daß dies ihre feste Haltung im Hinblick auf den Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen und den Vertrag über ein Teilverbot von Atomwaffenversuchen nicht beeinträchtigt" (NCNA, 24.4.73).

Im gleichen Kommunique wird auch der Abschluß eines Handelsabkommens zwischen Mexiko und der VRCh erwähnt sowie ein Paket von Vereinbarungen über einen organisierten Austausch kultureller, wissenschaftlicher und technologischer Aktivitäten für 1973/74.

Echeverria wurde am 20.4.73 auch von Mao Tse-tung empfangen (NCNA, 20.4.73).

(41) VRCh gegen kollektives Sicherheitssystem

Die chinesischen Medien versuchen, auch im nichtsozialistischen Südostasien einen solchen Widerstand gegen das von der Sowjetunion propagierte System der kollektiven Sicherheit in Asien zu dokumentieren (MD, 26.4.73).

Radio Peking zitiert thailändische, indonesische und Singapurzeitungen, die eine deutliche Ablehnung des Systems ausgesprochen haben. Die von den Chinesen herausgestellten Argumente weisen auf die Theorie der beschränkten Souveränität der sozialistischen Länder gegenüber dem Kreml sowie auf den Truppeneinmarsch in die CSSR hin. Wer wollte schon ein Befehlsempfänger Moskaus werden oder in den Strudel des neuen antichinesischen Eindämmungsringes zur Bekämpfung und Isolierung Chinas hineingezogen werden? (vgl. C.a. 72/4 - Ü27).

(42) Peking zu Finanz- und Währungskrisen im Westen

In einem Artikel der Jen-min jih-pao (28.3.73) wird der chinesische Standpunkt gegenüber Finanz- und Währungskrisen in den kapitalistischen Ländern dargelegt. "In den kapitalistischen Ländern entstehen durch Überproduktion verursachte Krisen. Die westlichen Länder bemühen sich dabei, diese Krisen auf die Völker der Dritten Welt abzuwälzen." Besonders die USA werden angegriffen, die - obwohl in den letzten Jahren die Konkurrenzkraft der US-Waren abgenommen habe - nach wie vor überschüssige Waren zu Dumping-Preisen in der Dritten Welt absetze. Der Absatz überschüssiger Agrarerzeugnisse nehme sogar noch ständig zu, und dadurch werde die Landwirtschaft der Dritten Welt schwerstens geschädigt und Landflucht verursacht. Der Westen zwingt die Länder der Dritten Welt im Gegenzug zur Erzeugung und Ausfuhr von nur einigen wenigen Rohstoffen und landwirtschaftlichen Produkten, deren Preise die Empfängerländer niedrigzuhalten wüßten. Außerdem werden die Krisen des Westens durch die Ausfuhr großer Mengen Kapitals in die Entwicklungsländer abgewälzt, einmal durch direkte Kapitalinvestitionen zur Ausplünderung der Bodenschätze, zum anderen durch die vom Monopolkapital gewährten "Hilfen". Als Resultat habe bei den vergangenen Finanz- und Währungskrisen die Dritte Welt erhebliche Verluste an Reserven in ausländischen Währungen erlitten. Die Jen-min jih-pao verweist nach diesen Erklärungen darauf, daß sich die Länder der Dritten Welt sowie alle neutralen Entwicklungsländer sehr wohl solcher Eingriffe erwehren und sich zusammenschließen wüßten.

AUSLÄNDER IN DER VRCh

(43) Diplomatenreise

Ausländische Diplomaten aus 43 Ländern haben auf Einladung des chinesischen Außenministeriums vom 8. - 16.4.73 die Städte Shenyang, Fushun, Anshan und Lüta in Nordost-China besucht. Bei dem Besuch von Fabriken, Bergwerken, kulturellen und Erziehungsinstitutionen wurden sie vom Stellvertretenden chinesischen Außenminister Ma Wen-po begleitet (NCNA, 16.4.73).

AUSSENPOLITIK - TAIWAN

(44) Jordanien: Taiwan-Nachzügler

Unbekümmert um den heute vorherrschenden Trend auch weit rechtsstehender, ehemals taiwanfreundlicher Staaten, ihr Engagement in Taipei lautlos abzubauen, hält Jordanien an seiner Unterstützung für Taiwan fest. Wie Radio Amman berichtete, hielt sich Kronprinz Hassan zu einem achttägigen Besuch in Formosa auf, wonach in einem gemeinsamen Kommuniqué herausgestellt wurde, welche großen Leistungen man unter der "weisen Führung seiner Exzellenz, Präsident Chiang Kai-shek", erzielt habe. Weiter ist die Rede von wachsenden bilateralen Beziehungen, gegenseitigen Besuchen von Zeit zu Zeit und einer festen Haltung gegenüber Krisen und Aggressionen. Der Besuch Hassans zeigt, daß die chinesische Nahostpolitik, die nach einer Phase der militanten Unterstützung für den bewaffneten Guerilla-Krieg während der Kulturrevolution heute wieder in Ägypten Fuß faßt, neben Israel auch das jordanische Königreich zumindest für absehbare Zeit als Gegner betrachten muß.

INNENPOLITIK

(45) Teng Hsiao-p'ing rehabilitiert

Als bedeutsamstes innenpolitisches Ereignis des April muß die Rückkehr Teng Hsiao-p'ings auf den Posten des Stellvertretenden Premierministers angesehen werden. Näheres hierzu im Thema: DIE RÜCKKEHR DES PFEFFRIGEN NAPOLEON /Teng Hsiao-p'ing - prominentes Angriffsziel der Kulturrevolution neben Liu Shao-ch'i - wieder im Amt.

(46) Weitere Konsolidierung der Massenorganisationen (KJL und Gewerkschaften)

Zur Zeit werden in China vor allem die Massenorganisationen der Jugend (KJL) und der Arbeiter (Gewerkschaften) reinstitutionalisiert. Über den ersten Jugend-Liga-Kongreß auf Provinzebene und die Gründung des 1. KJL-Komitees (Shanghai) wurde bereits berichtet (C.a. 73/3 - Ü43). Vom 28.3. - 3.4.73 fand ein ähnlicher Kongreß (es handelt sich in ununterbrochener Reihenfolge um den 6. seiner Art) in Peking statt. Die Vertreter wählten das 6. Stadtkomitee des Verbandes. Insgesamt hatten sich 2.201 Vertreter aus den verschiedensten Bereichen der Stadt zusammengefunden, darunter auch solche Jugendliche, die von einem längeren Landaufenthalt zurückgekommen sind; ferner Studenten aus Kreisen der Arbeiter, Bauern und Soldaten, Angehörige nationaler Minderheiten und heimgekehrte Auslandschinesen. Sie beschlossen, daß der KJL zu einer Schule für das Lernen des Marxismus, des Leninismus und der Mao-Tse-tung-Ideen werden solle (PRu, 1973, Nr. 15, S. 3, 19). Fälschlicherweise war dieser Kongreß von vielen westlichen Zeitungen als Reinstitutionalisierung der KJL auf gesamtnationaler Ebene gemeldet worden!

Am 24.4.73 meldete JMJP, daß Mitte April in Shanghai und in Peking auch die ersten großen Gewerkschaftskongresse seit der Kulturrevolution getagt und neue Führungen gewählt haben. Weitere Gewerkschaftskongresse in den Provinzen, Unmittelbaren Städten und Autonomen Regionen würden stattfinden, "sobald die Voraussetzungen dafür herangereift seien".

Über den 5. Shanghaier Gewerkschaftskongreß (16. - 24.4.73), an dem etwa 1.600 Delegierte teilnahmen, berichtete NCNA am 23.4.73. An dem Kongreß, der mit der Wahl des 5. Komitees des Shanghaier Gewerkschaftsrates endete, nahmen eine hohe Zahl von Aktivisten, die in der Kulturrevolution in den Vordergrund gerückt sind, teil. Industriearbeiter waren zu 73 %, Arbeiterinnen zu 39 %, vertreten. Ebenfalls waren Vertreter von ehemaligen Auslandschinesen, die jetzt in China arbeiten, anwesend. Nach der bewährten Methode der Personalunion wurde Shanghais Parteisekretär Wang Hung-wen zum Vorsitzenden des Gewerkschaftsrates gewählt. Der Kongreß wählte mit 158 Mitgliedern ein Gewerkschaftskomitee, das größer ist als alle seine Vorgänger. Mitglieder sind auch Parteilose. 26 Mitglieder des Komitees bilden den ständigen Ausschuß.

Der Wiederaufbau der während der Kulturrevolution von 1966 - 1969 weitgehend aufgelösten chinesischen Gewerkschaften erfolgt von unten nach oben: Zunächst in den Betrieben, sodann auf Kreis-, Bezirks- und schließlich auf Provinzebene. Bereits in der Neujahrsausgabe der JMJP vom 1.1.73 war ein beschleunigter Aufbau der Gewerkschaften angekündigt worden. Gegenüber syndikalistischen Ansätzen, wie sie sich zur Zeit Liu Shao-ch'is herausgebildet haben, wird heute betont, daß die Parteikomitees ihre Führerschaft gegenüber den Gewerkschaften verstärken müssen. Die Gewerkschaften sollen in Zukunft ferner mehr auf politische Erziehung der Arbeiter als auf den Kampf um Verbesserung der technischen und sozialen Arbeitsbedingungen achten. Die neue Gewerkschaftsführung in Peking wird repräsentiert durch Ni Chih-fu, Liu Hsi-chang und Chang Shih-chung, die alle bewährte Mitglieder der Kommunistischen Partei sind.

(47) Mao-Worte mit historischem Hintergrund

Das neueste Mao-Wort, das seit Erscheinen des Neujahrsartikels ständig in der chinesischen Presse zitiert wird ("Grabt tiefe Tunnel, legt Getreidevorräte an, und trachtet niemals nach Hegemonie!", PRu 1973, Nr. 1, S. 10), ist die deutliche Abwandlung eines Ausspruches des ersten Kaisers der Ming-Dynastie, Chu Yüan-chang, der 1356 als Führer einer Bauernarmee begonnen hatte. Das Mao-Wort, das als Aufforderung zu Schutzmaßnahmen gegen einen sowjetischen Atomangriff sowie als Antrieb zu Vorbereitungen für den Kriegsfall bzw. einer vorsorgenden Getreidepolitik für den Fall von Mißernten ausgelegt wird, schließt sich an die von einem Berater Chu Yüan-changs vorgebrachte Parole: "Errichte hohe Wälle, lege Getreidevorräte an, erkläre dich nicht überall zum König" an. Danach dürfte das dritte Glied des Ausspruches als Aufforderung an die Chinesen gedacht sein, den Supermächten zu widerstehen und sich als Freunde der Dritten Welt nicht zur Machtpolitik verleiten zu lassen (CSM, 12.4.73). Interessant ist der Bezug auf die chinesische Geschichte sowie die Parallele: erster Dynastiekaiser - Mao.

KULTUR

Kulturaustausch

(48) Presse-Delegation im Institut für Asienkunde

Am 24.4.73 stattete erstmals eine Delegation aus der VRCh